

IG Metall fordert Verordnung zum Schutz vor psychischen Gefährdungen bei der Arbeit

Berlin - Die IG Metall hat eine Verordnung zum Schutz vor psychischen Gefährdungen in der Arbeitswelt gefordert. "Es geht darum, die Schutzbestimmungen bei psychischen Gefährdungen am Arbeitsplatz zu konkretisieren und verbindlich zu machen. Deshalb ist es höchste Zeit für eine Verordnung zum Schutz vor psychischen Gefährdungen bei der Arbeit - eine Verordnung mit konkreten Ansprüchen und verbindlichen Regelungen", sagte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, am Dienstag bei der Vorstellung des Jahrbuches "Gute Arbeit 2012" in Berlin. Urban forderte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen auf, so schnell wie möglich Gespräche aufzunehmen, wie die eklatante Schutzlücke bei psychischen Gefährdungen am Arbeitsplatz zu schließen sei. "Die IG Metall ist zum Dialog mit allen Akteuren im Arbeitsschutz und den politisch Verantwortlichen bereit."

Vielfach entstehe der Eindruck, als diene vielen Verantwortlichen das "öffentliche Getöse" über das Burnout nicht als Antrieb, sondern als Ersatz für ein entschiedenes Handeln, kritisierte Urban, Mitherausgeber des Jahrbuches. Unterlassene Prävention sei sehr teuer; Investitionen in den Gesundheitsschutz seien deshalb allemal wirtschaftlicher. Nach Angaben des Bundesamtes für Statistik betragen die jährlichen Behandlungskosten für psychische Erkrankungen rund 27 Milliarden Euro.

Während es in vielen Bereichen konkrete Anforderungen an die Arbeitgeber gäbe, wie eine Arbeitsstätte zu gestalten sei, und wie die Beschäftigten vor Gefahrstoffen oder Lärm zu schützen sind, fehlten solche Vorgaben auf dem Gebiet der psychosozialen Gefährdungen. "Deshalb sehen sich Arbeitgeber oft gar nicht in der Pflicht", kritisierte Urban. Als Beispiel für ein psychisches Gefährdungspotenzial nannte Urban das "Arbeiten ohne Ende" bei Projektarbeit. Viele Beschäftigte würden von einem Projekt in das nächste gehetzt. Die Projektlaufzeiten überlappten sich. Gerade bei diesen Beschäftigten häuften sich die psychischen Belastungen. "Die Themen Arbeitsstress und Burnout sind zu ernst, um nur kurzfristig für Aufregung in der Öffentlichkeit zu sorgen. Wir betrachten das Thema als zentrale Herausforderung der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts", sagte Urban.